

## **Ratssitzung präsentiert sich als inhaltslose Schlammschlacht "Sale and Lease Back" Privatisierung von Nibelungen-Wohnbau**

Wen kommunalpolitische Inhalte interessieren, der darf sich keine Sitzung des Braunschweiger Rates antun. Dort gibt es nämlich (fast) keine. Auch die gestrige Ratssitzung war geprägt vom Ausleben persönlicher Befindlichkeiten, dem Abwürgen der Opposition durch abenteuerliche Geschäftsordnungsanträge von CDU-Chef Sehrst und überheblichen Vorstellungen des selbsternannten Braunschweiger Herzogs Gert (Hoffmann).

Erste Geschäftsordnungsdebatten gab es bereits bei der Beschlussfassung der Tagesordnung. Diese drehten sich darum, ob Anfragen der BIBS nun richtige Anfragen seien oder eben nicht. Die BIBS selbst wollten die Anfragen als eine Art Sonderanfragen betrachtet wissen, da sie diese unter einen von ihnen selbst beantragten Tagesordnungspunkt gestellt hatten. Dem wollte das Ratspräsidium nicht folgen und betrachtete die Anfrage als zu spät eingereichte, reguläre Anfragen, die somit nur noch als Dringlichkeitsanfragen auf die Tagesordnung zu setzen wären. Da aber die CDU/FDP Mehrheit die Dringlichkeit nicht anerkennen wollten, hatten sich die Anfragen somit erledigt. Erledigt hatte sich auch der Versuch der SPD das Thema Landesanteile an VW mittels eines Dringlichkeitsantrages zu thematisieren. Auch hier konnte die gleiche Mehrheit keine Dringlichkeit erkennen.

Und auch unter Punkt 2 - Mitteilungen - wurde es nicht besser. Der selbst ernannte Herzog - der tatsächlich über alles herzieht - Gert (Hoffmann) missbrauchte sein ständiges Rederecht zur Frage einer möglichen Veröffentlichung des Abschlussberichtes zur "Mundstock-Affäre". Hatte Hoffmann bei seinem Amtsantritt diese Veröffentlichung noch selbst gefordert, so wollte er jetzt davon nichts mehr wissen, weil er sich u.a. selber strafbar machen würde. Weiterhin wies er darauf hin, dass in Bezug auf Gerhard Glogowski auch kein belastendes Material zu finden sei, da die Staatsanwaltschaft gar nicht gegen Glogowski ermittelt habe. Nachdem in der letzten Ratssitzung der Ratsherr Peter Rosenbaum (BIBS) diese Darstellung als falsch bezeichnet hatte, erklärte Herzog Gert: "Herr Rosenbaum hat damit zum wiederholten Mal die Unwahrheit gesagt. Ich empfehle deshalb allen im Rat bei seinen Wortmeldungen immer grundsätzlich davon auszugehen, dass das, was er sagt, nicht stimmt." Dies war ein starkes Stück, wenn man bedenkt, dass der Verwaltungschef einem Ratsmitglied, welches ihn kontrollieren soll, eine permanente Unwahrheit unterstellt.

Ein wenig kommunalpolitische Inhalte kamen dann aber doch bei den Anfragen zu Tage. So nutzte DIE LINKE eine Anfrage zur Nibelungen-Wohnbau-GmbH zur Frage, warum ein von der Nibelungen bereits vor 7 Jahren unterbreitetes Angebot zur Aufgabenerweiterung nicht angenommen wurde und warum die Nibelungen jetzt von Privatisierungsüberlegungen bedroht sei. Hier trat dann ganz deutlich eine gewisse Verwirrtheit innerhalb der Verwaltung zu Tage. Während Herzog Gert (Hoffmann) sein Wahlversprechen erneuerte (Mit mir wird es keine Privatisierung der Nibelungen geben) erklärte der 1. Stadtrat Lehmann, dass vom Beratungsunternehmen in alle Richtungen geprüft werde. Ganz konkret brachte er vor, dass ein "Sale and Lease Back" Geschäft im Gespräch sei. Zur Erklärung: "Sale and Lease Back" steht für eine dem "Cross-Border-Leasing" ähnliche Transaktion, bei der Immobilien an eine Leasing-Gesellschaft verkauft und gleichzeitig wieder zurück geleast werden. Dies stärkt die schon vor Monaten geäußerte Befürchtung der LINKEN, dass die beschlossene Machbarkeitsstudie dazu führen soll, dass die Nibelungen-Wohnbau doch privatisiert wird, indem sie scheinbarweise in ein neu zu gründendes PPP-Unternehmen (die Leasinggesellschaft) überführt wird.

Nachdem nach den Anfragen die drei von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzten Punkte (Haushaltsvollzug, Umbesetzung und Flächennutzungsplan Roselies-Kaserne) einstimmig "durchgewinkt" wurden, kam es wieder zum Thema "Nibelungen-Wohnbau". Zu diesem Thema hatte DIE LINKE bereits im Sommer des vergangenen Jahres einen Ratsantrag gestellt, der eine Stärkung des kommunalen Wohnungsunternehmens vorsah und weitere Wohnungsverkäufe verhindern sollte. Nachdem die SPD seinerzeit diesen Antrag (mit) abgelehnt hatte, stellte sie nun

einen Antrag, der in die gleiche Richtung zielte. Da aber Wohnungsverkäufe weiterhin möglich sein sollten (zur Abrundung des Bestandes) und somit dem Verscherbeln kommunalen Eigentums weiterhin Tor und Tür geöffnet war, beantragte DIE LINKE diesen Satz zu streichen und stattdessen auf Wohnungsverkäufe komplett zu verzichten. Zu einer Abstimmung über beide Anträge kam es aber nicht, da CDU-Chef Sehrt die Überweisung in den Ausschuss beantragte, was von CDU/FDP dann auch beschlossen wurde.

Danach folgte die Beratung zum Antrag der LINKEN, einen Ausschuss zum Thema "Bauschuttdeponie Millennium" zu bilden. Obwohl dies ein Angebot an den gesamten Rat war, die dort vorhandenen Probleme zu lösen, wurde selbst die Diskussion abgewürgt, indem wiederum vom CDU-Chef der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung kam. Lediglich eine Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses soll es zu diesem Thema geben. Nach Ansicht der LINKEN geht somit das Vertuschen und Verharmlosen in eine neue Runde.

Im Anschluss kam es zu zwei von der BIBS beantragten Tagesordnungspunkten zu den Themen Klimaschutzplan und Fassadenrekonstruktion. Auch hier wurde eine inhaltliche Diskussion vom CDU-Chef Sehrt abgewürgt, indem er Übergang zur Tagesordnung beantragte, wobei er zum Klimaschutz seinen Antrag später zurückzog und der Vorschlag der BIBS angenommen wurde, die ihren eigenen Antrag in den Fachausschuss überweisen lassen wollten.

Am Ende sollten dann noch drei Anträge behandelt werden. Doch da sowohl BIBS (Anträge zu Haltestellen und Barrierefreiheit) als auch CDU/FDP (Antrag Redezeitbegrenzung) ihre Anträge zurückzogen, wurde nichts mehr behandelt und eine weitere "Sternstunde" der Braunschweiger Kommunalpolitik ging zu Ende.